

**Antrag F-01**  
**SPD-Unterbezirk Lüneburg**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme in der Fassung der AK**

**Solidarität statt Ungleichheit – Wiedereinführung der Vermögenssteuer, jetzt!**

1 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-  
2 Bundestagsfraktion werden beauftragt, alle  
3 Schritte zu veranlassen, dass die Vermögens-  
4 steuer in folgendem Umfang wieder eingeführt  
5 wird:

6 Die Aussetzung der Vermögenssteuer sollte unter  
7 Berücksichtigung der folgenden Begründung aufge-  
8 hoben werden. Die Vermögenssteuer soll für Vermö-  
9 gen über zwei Millionen Euro ein Prozent und für  
10 Vermögen über 20 Millionen zwei Prozent jährlich  
11 betragen.

12

13 **Begründung**

14 Die Vermögenssteuer wird seit 1997 nicht mehr er-  
15 hoben, nachdem das Bundesverfassungsgericht die  
16 zu niedrige Bewertung von Immobilien im Vergleich  
17 zu anderen Vermögenswerten als verfassungswid-  
18 rig gerügt hatte.

19 Zwischenzeitlich hat die Reform der Grundsteuer  
20 die damals geltende unzeitgemäße Einheitsbewer-  
21 tung von 1964 durch realistische Werte ersetzt, so  
22 dass verfassungsrechtlich einer Wiedereinführung  
23 der Vermögenssteuer nichts im Wege steht. Auch  
24 liefert die Immobilienbewertung der Erbschafts-  
25 steuer ergänzend zeitnahe und realistische Vermö-  
26 genswerte.

27 Gesellschaftspolitisch ist die Wiedereinführung der  
28 Vermögenssteuer seit 1997 immer dringender ge-  
29 worden.

30 Nach dem Armutsbericht des Bundesministeriums  
31 für Arbeit und Soziales verfügen die unteren 50 Pro-  
32 zent der Haushalte nur über rund ein Prozent des ge-  
33 samten Nettovermögens. Die vermögensstärksten  
34 zen Prozent der Haushalte verfügen hingegen über  
35 50 Prozent des Nettovermögens.

36 Allein das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt  
37 nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirt-  
38 schaftsforschung über rund 35 Prozent des Netto-  
39 vermögens.

40 Ein derartiges Auseinanderklaffen der Vermögens-  
41 verteilung gefährdet auf Dauer den gesellschaftli-  
42 chen Zusammenhalt. Die vermögenslosen Gesell-  
43 schchaftsgruppen sehen sich an den Rand gedrängt,  
44 ohne Hoffnung auf soziale, finanzielle und gesell-

Der SPD-Bezirk Hannover fordert die SPD auf Bun-  
desebene auf, alle Schritte für die Wiedereinfüh-  
rung einer verfassungskonformen und gerechten  
Vermögens- sowie Erbschaftssteuer einzuleiten.

45 schaftliche Aufstiegschancen.  
46 Chancenungleichheit zu beseitigen ist eines der  
47 Kernthemen unserer Partei.

- 48 • Die Vermögenssteuer stellt nur einen Bau-  
49 stein zur Verringerung der Chancenungleich-  
50 heit dar und sollte durch andere Maßnahmen,  
51 wie z.B. die Anpassung der Erbschaftssteuer  
52 ergänzt werden. Aber durch die Vermögens-  
53 steuer können die, die es sich leisten können,  
54 ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusam-  
55 menhalt und zu dessen Finanzierung leisten.
- 56 • Die Gefahr der Vermögensflucht der Betrof-  
57 fenen sollte nicht überschätzt werden. Inzwi-  
58 schen wird dies durch Wegzugsbesteuerung,  
59 Entstrickungsbesteuerung, Besteuerung von  
60 Funktionsverlagerungen, Hinzurechnungsbe-  
61 steuerung und den zwischenstaatlichen Infor-  
62 mationsaustausch erheblich erschwert. Von  
63 den 232 Milliardenvermögen in Deutschland  
64 sind dann auch tatsächlich nur ca. 30 steuer-  
65 flüchtig.

66 Der Verwaltungsaufwand wäre bei dem hohen Ein-  
67 stiegsbetrag für die Besteuerung von zwei Millionen  
68 Euro vertretbar.